

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

## Gewaltstreik der Rheinlandkommission

Sie will deutsche Beamte durch eigene ersetzen.

Koblenz, 4. September. (WZB.) Nach einer Havasmeldung hat die Rheinlandkommission beschlossen, in der Absicht, die Organisation des Widerstandes gegen ihre Befehle durch die deutsche Verwaltung im besetzten Gebiet zu brechen, folgende Ordronanz herausgegeben: § 1. Die Delegierten der Rheinlandkommission in den einzelnen Bezirken können von jedem Dokument Kenntnis nehmen oder nehmen lassen, das für deutsche Verwaltungen, die innerhalb ihres Bezirkes bestehen, bestimmt ist, wenn immer genügend Grund zu der Vermutung vorliegt, daß diese Verwaltungen eine Tätigkeit ausüben, die sich gegen die Befehle der Rheinlandkommission oder gegen die Interessen der Besatzungsarmee richtet. Die Delegierten haben die Befugnis, zu diesem Zweck den deutschen Verwaltungen die notwendigen Informationen zu erteilen. § 2. Jeder Ober- oder Unterbeamte oder Agent, der sich weigert, den nach Artikel 1 gegebenen Instruktionen zu gehorchen und der die Beschlüsse und Dokumente, deren Mitteilung gefordert wird, verheimlicht oder zu verheimlichen versucht, setzt sich den Strafen aus, die für ein Vergehen gegen die Ordronanzen der Rheinlandkommission festgesetzt sind. § 3. Wenn infolge Abberufung, Ausweisung oder abgelehnter Genehmigung der Ernennung eines Beamten ein Posten in einer deutschen Verwaltungsstelle frei wird, kann die Rheinlandkommission auf Vorschlag ihres Delegierten, wenn es scheint, daß das Weiterbestehen der Besatzung der Sicherheit, den Bedürfnissen und dem Unterhalt der Armee entgegensteht und daß die fragliche Besatzung nicht dadurch ausgefüllt werden kann, daß sie in der fraglichen Verwaltung bereits beschäftigte Beamte dazu beruft, selbst die Ernennung für den freien Posten vorzunehmen.

Die angekündigte Ordronanz der Rheinlandkommission ist noch nicht erschienen. Es ist daher immer noch möglich, daß vor ihrer Veröffentlichung neue Erwägungen angestellt werden und erkannt wird, daß dieser Plan einen neuen ungeheuerlichen Gewaltstreik darstellt, der durch keinen Vertrag und durch kein Völkerrecht gedeckt wird.

Das angekündigte Verfahren ist geeignet und offenbar dazu bestimmt, die letzten Reste deutscher Souveränität und Selbstverwaltung zu zerstören. Kann die Rheinlandkommission nach Belieben Beamte nicht nur absetzen — das tut sie schon jetzt —, sondern auch in Verwaltungssämtern neu einsetzen, dann ist es eine Lüge, zu behaupten, daß im besetzten Gebiet auch nur noch eine Spur von deutschem Selbstbestimmungsrecht besteht, dann ist das besetzte Gebiet ganz einfach von der Rheinlandkommission und den hinter ihr stehenden Mächten annektiert.

Ein solches Verfahren verträgt sich nicht mit den wiederholt abgegebenen Erklärungen, daß keine Annexionen beabsichtigt sind. Und wird es durchgeführt, dann ist es geeignet, alle Ansätze einer Verständigung wieder zu zerschlagen.

Ob die angekündigte Ordronanz erlassen und ausgeführt wird, ist daher eine Frage von entscheidender Bedeutung. Von besonderem Interesse wird es sein, zu erfahren, welche Rolle in dieser Angelegenheit England, das ja in der Rheinlandkommission formell immer noch vertreten ist gespielt hat und weiterhin zu spielen gedenkt.

## Veränderung der politischen Lage.

Englische Stimmen zur Rede Stresemanns.

London, 4. September. (WZB.) „Morning Post“ schreibt zur Rede Stresemanns in Stuttgart, es sei noch zu früh, zu sagen, daß das Ende des passiven Widerstandes im Ruhrgebiet in Sicht ist, aber eine ausgesprochene Veränderung in der Lage habe zweifellos stattgefunden. Der deutsche Kanzler habe zwei Hauptaufgaben vor sich: die eine sei die Reform der deutschen Finanzen, und die andere sei die Beendigung des Antagonismus zwischen Deutschland und Frankreich. Die Franzosen läßen alles, was in ihrer Macht liege, um die schwierige Aufgabe des deutschen Kanzlers leichter zu gestalten. Die Entente müsse erst wiederhergestellt werden, bevor sie bei einer Wiederherstellung der deutschen Finanzen mithelfen könne, und nach einer Wiederherstellung der Entente werde sich der amerikanische Präsident Coolidge vielleicht ermutigt fühlen, aus seiner Isolierung hervorzutreten.

„Times“ erklärt, die europäische Krise, deren Mittelpunkt in Deutschland sei, habe nichts von ihrem Ernst durch die zeitweilige Abwendung der Aufmerksamkeit auf den griechisch-italienischen Konflikt verloren. Das deutsche Problem, oder vielmehr das internationale Problem der Reparationen beste weiterhin im Vordergrund. Stresemann habe in seiner Rede in Stuttgart es sehr deutlich gemacht, daß er die ernste Natur der Krise erkenne. Er erkenne voll auf an, daß Deutschland die Wahl hat zwischen dem Chaos der Bürgerkriege und der

Schaffung einer angemessenen Verbindung mit der Umwelt. Kein deutscher Staatsmann habe so nachdrücklich wie er betont, daß Deutschland unbedingt willens sei, Reparationen zu zahlen und produktive Pfänder für diesen Zweck zu verschaffen. Stresemann gebe in seiner Stuttgarter Rede sehr weit. Er lasse die Möglichkeit einer Verletzung der territorialen Einheit Deutschlands nicht zu. Poincaré habe nachdrücklich erklärt, daß

Frankreich keine Annexionszwecke

verfolge, und er werde, wie angenommen werden müsse, in dieser Erklärung von dem Hauptteil der französischen Öffentlichkeit unterstützt. „Times“ ist jedoch der Ansicht, daß sehr ernste poli-

tische Hindernisse noch weggeräumt werden müßten, bevor die Möglichkeit einer Anleihe auch nur angenommen werden könne. Aber Stresemanns Angebot sei hauptsächlich an Frankreich gerichtet. Es sei erfolgt, wie vermutet werden könne, mit dem Zweck, einige dieser politischen Hindernisse zu beseitigen. Sein wirtschaftliches Angebot habe ein politisches wie ein finanzielles Ziel und sei ein Versuch, die deutsche Unabhängigkeit und die wirkliche Souveränität der deutschen Regierung über ihre eigenen Gebiete durch ein festes Versprechen, Reparationen zu zahlen, zu sichern. Stresemann sehe vollkommen ein, daß Deutschland, um zu leben, mit der Entente als Ganzes zu einem Übereinkommen gelangen müsse. Daher biete er produktive Pfänder an von Seiten des Staates, der Industrie und der Landwirtschaft. Dadurch entziehe er dem Faktor des passiven Widerstandes einen großen Teil des Gebietes, das ihm bisher zugeschrieben oder auferlegt wurde. Stresemanns Rede bedeute

keineswegs die Aufgabe des passiven Widerstandes,

sondern nur eine Änderung im Nachdruck. Stresemanns Angebot gründe sich auf die Annahme, daß, koste es was es wolle, die finanzielle Reform erfolgreich durchgeführt werden müsse. Nach dem Blatt kann an der Aufrichtigkeit der Rede keinerlei Zweifel herrschen. Sie gründe sich auf die klare Erkenntnis der Gefahr, die Deutschland bedrohe. Das deutsche Volk sei tatsächlich nicht in der Lage, die augenblicklichen Verhältnisse noch länger zu tragen; wenn nicht die neuen schweren Steuern ein Heilmittel bringen, so sei die Stellung der Fabriken und zunehmende Arbeitslosigkeit unvermeidlich. Aus diesem Grunde sagt „Times“, sind wir überzeugt, daß die Angebote Stresemanns und seine Ermahnungen an seine Landsleute aufrichtig sind. Da dies der Fall ist, scheint es uns, daß ein derartiges Angebot Frankreich eine außerordentliche Gelegenheit bietet. Es hat keinen Wunsch nach Annexionen, es will Reparationen.

Das von Stresemann gemachte Angebot zu ignorieren, bedeutet das letzte Angebot zu verwerfen, das Deutschland in einer einigermaßen vernünftigen Fassung machen kann.

Dieses Angebot zu ergreifen und es zu entwickeln, würde eine direkte Ermütigung für das deutsche Volk sein, eine Anstrengung zu machen für sein eigenes Land. Wir können nicht glauben, daß Frankreich endgültig ein deutsches Chaos mit seinen düsteren und weitreichenden Folgen deutschen Reparationen vorziehen wolle. Eine große Verantwortung liegt jetzt auf Frankreich, und wenn es seine Rolle edelmütig spielt, kann es die größte Gefahr abwenden, die über Europa liegt.

## Poincaré über wirtschaftliche Annäherung.

Paris, 4. September. (Eco.) Aus Anlaß der letzten Rede des Reichskanzlers Stresemann schreibt die kontinentale Ausgabe des „New York Herald“: Das Blatt sei in der Lage, festzustellen, daß Poincaré eine

wirtschaftliche Allianz mit Deutschland

als unbedingt notwendig ansehe, da die Industrien der beiden Staaten einander ergänzen müssen, und daß eine wirtschaftliche Allianz sicherlich auch zu einer politischen Entente zwischen den beiden Ländern führen würde. In hohen französischen Kreisen werde dies als durchaus möglich angesehen, wenn Deutschland die französische Erklärung annehmen würde, daß die Ruhrbesetzung aufhöre, sobald Deutschland bezahle, und daß Frankreich weit davon entfernt sei, auch nur ein Stück deutschen Bodens annektieren zu wollen. Poincaré hoffe auf einen künftigen Frieden, der auf der Erkenntnis gegründet sei, daß es für Deutschland und Frankreich besser wäre, einen Wirtschaftsblock zu bilden, als in jeder Generation Millionen für Kriege auszugeben. Die Rede Stresemanns in Stuttgart werde in Paris als ein erster Schritt für die von Berlin kommende Ankündigung angesehen, daß ein

Einverständnis zwischen Frankreich und Deutschland

gefunten werde, und daß man den Widerstand zukünftig für die deutschen Interessen ebenso schädlich betrachte, wie er von der Regierung Cuno als patriotisch erklärt worden sei. Die französische Regierung sei weiterhin durchaus willens, über ein Abkommen irgendwelcher Art zu sprechen, und Poincaré beteuere, daß dieses Hand in Hand gehen müsse mit einer befriedigenden Regelung der Reparationsfrage, auf der nunmehr die Blüte ganz Europas beruhe. Aber weiter sei die französische Regierung nicht gewillt, irgendwelche privaten Verhandlungen mit Stinnes, Thyssen, Woff, Krupp oder anderen zu führen.

## Dollar fast 14 Millionen!

Die Spekulanten spotten aller Verordnungen.

Der starke Bedarf an Dollars hält an. Mit Rücksicht auf die immer zu erwartende Intervention der Reichsbank verhalten sich die Käufer allerdings ziemlich zurückhaltend. Trotzdem sind die Kurse seit gestern, wenn auch mit einigen Schwankungen, wieder beträchtlich in die Höhe gegangen. Um ein richtiges Bild von der Devisenbewegung der heutigen Börse zu geben, seien folgende Zahlen genannt: um 10 Uhr wurde der Dollar mit 13 Millionen genannt, eine halbe Stunde später hörte man ihn mit 13,2 Millionen, gegen 11 Uhr wurde er mit 13,9 gesprochen, um im weiteren Verlauf wieder auf 13,6 Millionen zurückzugehen. Um 12 Uhr schließlich wurden Dollar mit 13 Millionen und Pfunde mit 88 Millionen angeboten. Die vorliegenden Kaufordnungen stammen zum größten Teile heute wieder aus dem Rheinlande.

## Gefahr für die Reichseinheit.

Der bayerische Separatismus.

Die verstorbenen Reichsregierungen sowohl wie auch der Reichstag haben niemals die politischen Gefahren, die vom bayerischen Separatismus her der Reichseinheit und der Republik drohten, in ihrer ganzen verhängnisvollen Tragweite begriffen. Man hielt es in Berlin einfach nicht für möglich, daß es Deutsche geben könne, die zielbewußt und systematisch an der Zerkümmern des Reiches arbeiten. Die Politik der Münchener Separatisten, die seit Kahr mit geradezu unheimlicher Folgerichtigkeit darauf hinauslief, die Autorität des Reiches zu schwächen, das Ansehen der Reichsregierung zu schädigen, Reichsmüdigkeit und Reichsverdroffenheit innerhalb der bayerischen Bevölkerung zu erzeugen, wurde in Berlin als eine Art frachlederne Dickschädeligkeit gedeutet, die im Grunde gar nicht so schlimm gemeint sei und der man am erfolgreichsten die Spitze abbrechen könne, indem man ihr mit nachsichtiger Geduld und entgegenkommender Nachgiebigkeit begegne.

Die Reichsbehörden vollbrachten Meisterstücke von Selbstverleugnung; sie nahmen die geharnischten Reden des Herrn v. Kahr entgegen; sie drückten beide Augen zu, als auf Betreiben der bayerischen Regierung Herr Dard in München seinen Einzug hielt; sie unterschrieben das Berliner Protokoll, durch das die Republikstuhlgeseze für Bayern unwirksam gemacht wurden; sie fanden sich mit den verfassungswidrigen Volksgerichten ab, die die deutsche Reichseinheit durchbrachen und Instrumente zur Verfolgung und Unschädlichmachung von gesinnungstreuen Republikanern und Sozialisten innerhalb der weißblauen Grenzpfähle sind; sie erkannten durch vielfache Zurückweichen vor bayerischen Ansprüchen an, daß der „bayerischen Staatspersönlichkeit“ ein „Recht der Notwehr“ gegen Beschlüsse des Reichstags und Maßnahmen der Reichsregierung zustehe. Mit raffinierter politischer Geschicklichkeit schuf man von Bayern aus eine Reihe von Präzedenzfällen, durch die dargetan werden sollte, daß das Reich trotz Weimarer Verfassung föderalistisch sei und daß sich Bayern durch kein Reichsgesetz verpflichtet zu fühlen brauche, solange es ihm nicht ausdrücklich zugestimmt habe. Münchener Volksgerichte bekannten sich ostentativ — im Frechenbach — im Fuchs-Rachhaus-Prozess — zu der Vertragstheorie, dergemäß die Entstehung des Reiches auf die Verfallener Verträge von 1870/71 zurückgehe, die von den deutschen „Bundesstaaten“ abgeschlossen wurden. Die Revolution von 1918 wurde als Meinereid und Vertragsbruch gekennzeichnet, durch den Bayern vollkommen freie Hand bekommen habe. Keine Reichsregierung wolle bisher im Ernste glauben, daß die bayerischen Reden und Drohungen, die gesamte Hezpropaganda gegen das Reich nichts anderes waren als die psychologische Vorbereitung des Abfalls vom Reich.

Weil man sich außerhalb Bayerns vor diesen Dingen ängstigt, fand man nie den Mut, ihnen ins Gesicht zu sehen. So erkannte man nie, wie einheitlich und geradlinig die Politik der bayerischen Partikularisten eigentlich schon seit 1916 verläuft. Schon 1916 drohte der bayerische Ministerpräsident mit der separatistischen Revolution, falls das Reich seine Steuerhoheit erweitere und direkte Kriegssteuern durchführe. 1917 verfaßte Rupprecht Wittelsbach eine Denkschrift, in der er als einziges Mittel zur Rettung der Dynastie Wittelsbach den bayerischen Sonderfrieden vorschlug. Im Sommer 1918 wurden bereits die ersten Vorkehrungen zur Lösung des bayerischen Zentrums vom Reichszentrum getroffen; im Oktober 1918 lehnte es der Geheimrat Held — der Führer der Bayerischen Volkspartei — ab, ein Bekenntnis der Reichstreue abzulegen, da Bayern sein Schicksal nicht an das Schicksal Preußens ketten dürfe. Dr. Helm entwickelte am 1. Dezember 1918 sein bekanntes großbayerisches Programm; er suchte Fühlung mit Dornen und den Separatisten in Hannover; während der Friedensverhandlungen in Versailles besprach er in Luxemburg mit dem französischen Delfider die Frage der Reichsauflösung. Das Programm der Bayerischen Volkspartei, das den deutschen Bundesstaat, monarchische Einzelstaaten, und das Recht, einzelstaatliche Gesandtschaften im Ausland unterhalten zu dürfen, anstrebt, gibt seit Kahr der bayerischen Regierungspolitik die Richtlinien. Die zahlreichen Geheimorganisationen und bewaffneten Bünde, die in Bayern behördlich gefördert werden und in enger Einvernehmen mit der Reichswehr stehen, stellen die Waffenmacht dar, auf die sich diese bayerische Separationspolitik dem Reich gegenüber stützt. Die aufdringliche Anwendung der nationalen Phrase in Bayern ist lediglich ein Kunstkniff; die separatistische Reichszerkümmernspolitik wird um so weniger auf Schwierigkeiten in den Kreisen des deutschen Bürgertums stoßen, je verbreiteter die irrtümliche Ueberzeugung ist, daß Bayern eigentlich nur die nationale Erneuerung, die Wiedererrichtung des alten, starken Bismarckreiches beabsichtige.

Es liegt ganz im Rahmen dieser Reichszerkümmernspolitik, wenn wir Bayern gegenwärtig feberhaft am Werke sehen, verlorene Hoheitsrechte wiederzugewinnen. Erzberger, der guten politischen Instinkt besaß und die Waulwürfe an der Nar an persönlichem Umgang allzugut kannte, hatte eifrig Finanzverwaltung und Verkehrswesen verreichlicht. Es war ein Glücksfall für die deutsche Republik gewesen, daß damals Bayern einen sozialdemokratischen Ministerpräsidenten hatte, der für deutsche Politik Verständnis besaß. Die separatistischen Kreise in Bayern mußten wohl,



# Am Sonntag Stilllegung der Straßenbahn.

Die Straßenbahn-Betriebsgesellschaft m. b. H. beschlossen.

Heute vormittag hat die Verkehrsdeputation dem bekannten Projekt des Magistrats, die Straßenbahn in ihrer bisherigen Betriebsform stillzulegen und die Weiterführung einer städtischen Betriebsgesellschaft zu übertragen, zugestimmt. Nach den Beschlüssen der Deputation, die gegen die Stimmen der sozialdemokratischen Vertreter erfolgte, wird der Magistrat am der Kündigung sämtlicher Straßenbahnverträge und den Betrieb mit Ablauf des Sonnabend abends zum Stillstand bringen, und ihn am Montag morgen durch die neue Betriebsgesellschaft mit starken Einschränkungen wieder aufnehmen lassen. Die Deputation war allerdings einstimmig der Ansicht, daß die Einschränkung des Verkehrs nicht entfernt in dem Umfange notwendig ist, wie es das Projekt der Magistratskommission vorgesehen hätte. Der bereits heute neugebildete Ausschussrat der neuen Gesellschaft besteht aus den Magistratsmitgliedern Dr. Karling, Schilling, Wühl, Dr. Adler, einem Sachverständigen (wahrscheinlich Dr. Kemmer) und den sieben Mitgliedern des bisherigen Verwaltungsrats der Straßenbahn, also sieben Stadtverordneten. Die neuen Ausschüsse sind die Reueinstellung des Liniennetzes übertragen, die morgen abend in einer sofort anberaumten Sitzung erfolgen soll. Der Ausschussrat entscheidet weiter selbständig über alle wichtigen Fragen des Unternehmens, so über die Lohn- und Tarifverhandlungen mit den Arbeitern und Angestellten, wie über die Straßenbahntarife selbst.

Die Verkehrsdeputation lehnte dann weiter die von der Direktion verlangte Tarifierhöhung auf 200000 M. einstimmig ab, weil man sich von der Rückwanderung auf die Straßenbahn viel mehr verspricht. Unsere Stellungnahme zu den hier gefassten Beschlüssen haben wir bereits mehrmals festgelegt, unsere Vertreter haben auch in der Deputationsitzung diese Beschlüsse als eine Hals-über-Kopf-Politik abgelehnt. Es bleibt abzuwarten, ob es der neuen Betriebsgesellschaft gelingt, die erwarteten günstigen Erfolge zu erzielen und ob ferner die Organisationen der Arbeiter und Angestellten sich so ohne weiteres mit diesen Maßnahmen einverstanden erklären werden. Die Bekanntmachungen über das neue Liniennetz sind am Sonnabend zu erwarten.

## Vor dem Abbau des Mietenschuhes? Gefahr im Anzuge.

Der Erlaß des Wohnfahrministeriums bezüglich der Aufhebung der Bestimmungen des Reichsmietengesetzes bei Industrie- und Geschäftshäusern hat in weitaus den Kreisen Erregung und Erbitterung hervorgerufen. Aus allen Gewerbezweigen werden lebhafteste Proteste laut gegen das einseitige Vorgehen der preussischen Bundesregierung. Sehr scharf nahm der Arbeitgeberverband im Gastwirts- und Hotelgewerbe in einer Vollversammlung Stellung gegen das Wohnfahrministerium. Es wurde zum Ausdruck gebracht, daß durch die ministerielle Verfügung die Mieter von Geschäftsräumen jetzt völlig schutzlos geworden und der Willkür der Hausbesitzer preisgegeben seien. So wurden in einem bekannt gewordenen Fall für gewisse Geschäftsräumlichkeiten nämlich 114 Millionen Jahresmiete gefordert. Für kleinere Geschäftsräume werden 1 bis 2 Milliarden Monatsmiete gefordert, also geradezu mahnwichtige Mieten, die letzten Endes auf den Weg über die Preise wieder auf die Konsumenten abgewälzt werden. Wird dieser Unsinn zur Tatsache, so stehen wir infolge der Maßnahmen abermals vor einer Preisverhöhung. Das alles aber ist nur erst der Anfang. Als nächste würden die Gewerbetreibenden herantreten und schließlich die Wohnungsmieter selber. Hier ist also eine große Gefahr im Anzuge, der rechtzeitig vorbeugt werden muß, und es ist nicht uninteressant zu sehen, daß die Inhaber der großen Firmen, die ständig nach freier Wirtschaft streben, sich plötzlich, wo sie selber mit ihren Bureaus der „Ermittlungen“ des freien Mietwesens teilhaftig werden sollen, sehr lebhaft und energisch gegen diese von ihnen selbst so oft als Segnung gepriesene freie Wirtschaft wenden.

## Der pfundschwere „Reichswehrlaufant“.

Ein aus Berlin gebürtiger, 25 Jahre alter Kaufmann Alfred Reinhardt ist nach Landbetrügereien in Höhe von 4 Millionen, bei denen er mehrere vertrauensvolle Bankbeamte hinführte, flüchtig geworden.

Der junge Mann, der Soldat war und bereits ein wechselvolles Leben hinter sich hat, hielt sich vor einiger Zeit in der Uniform eines Reichswehrlaufants am Zoologischen Garten auf, traf dort einen früheren Schulkameraden, der jetzt Bankbeamter ist und spiegelte ihm vor, er sei Offizier und Rittergutsbesitzer und verfüge über 140000 englische Pfund und auch noch andere ausländische Noten. Weil er dementsprechend auftrat, ließ sich der Schulkamerad blenden und stellte den vermeintlichen reichen Mann auch dem Vorsteher seiner Bankanstalt vor. Eines Tages kam Reinhardt mit der Erklärung, er sei gezwungen, einen Teil seiner Devisen zu Geld zu machen. Die Bankbeamten waren bereit, sie zu kaufen und zahlten einige Millionen voraus. Das Geld mit den Devisen, das vom Rittergut kommen sollte, blieb aber immer wieder aus, und so wurden aus den Millionen Vorschuß endlich 4 Millionen, weil der Schulkamerad immer wieder Geld hergab. Auch eine Reise, die Reinhardt angeblich unternahm, um die Devisen selbst zu holen, blieb erfolglos. In Wirklichkeit war es nur eine Vergnügungsreise, die er mit einer Freundin unternahm. Von dem Gelde, das der Schwindler von den unvorsichtigen Bankbeamten erhielt, lebte er auf größtem Fuße. So gab er täglich im Durchschnitt, wie nachträglich ermittelt wurde, 150 Millionen aus. Jetzt lacht die Dienststelle B. II. 1 den flüchtigen Helmen Mann mit kurzgeschornem, hellblondem Haar, der sich fast den Offizierston angeeignet hat.

## Ämtliche Devisenkurse.

	4. September		8. September	
	Kurs (Geld)	Verlust (Brief)	Kurs (Geld)	Verlust (Brief)
1 holländ. Gulden . . .	5087250.	5112750.	5790500.	5800500.
1 argentin. Pap.-Peso . . .	4195500.	4210500.	3112200.	3127800.
1 belgischer Franc . . .	605475.	611525.	448575.	451125.
1 norweg. Krone . . .	2094750.	2105250.	1596000.	1604000.
1 dänische Krone . . .	2304000.	2406000.	1765500.	1804500.
1 schwedische Krone . . .	3491250.	3508750.	2693500.	2698500.
1 finnische Mark . . .	259180.	260000.	269325.	270675.
1 japanischer Yen . . .	6384000.	6410000.	4738125.	4761875.
1 italienische Lire . . .	558800.	561400.	419950.	421050.
1 Pfund Sterling . . .	58358750.	5844250.	43800000.	44110000.
1 Dollar . . .	12967500.	13032500.	9675750.	9724250.
1 brasilian. Franc . . .	7881500.	741850.	548625.	551375.
1 brasilian. Milreis . . .	1246375.	1253125.	927675.	932825.
1 Schweizer Franc . . .	2344125.	2355875.	1745625.	1754375.
1 spanische Pesta . . .	1745625.	1754875.	1208750.	1208250.
100 österr. Kr. (gest.) . . .	18154.	18248.	13665.	13735.
1 ungarische Krone . . .	384037.	385933.	284257.	285713.
1 ungarische Krone . . .	698.25.	701.75.	528.67.	531.33.
1 bulgarische Lewa . . .	121690.	122205.	91770.	92290.
1 rumän. Dinar . . .	129570.	140350.	104787.	105263.

# Der Massentod im Osten.

Hunderttausende als Opfer des Erdbebenunglücks in Japan.

In einer raschen Folge laufen jetzt die Nachrichten vom Schauplatz der furchtbaren Erdbebenkatastrophe im fernen Osten ein und enthüllen ein Bild der Schrecken, wie es die Welt kaum je erlebt hat. Jetzt ist es noch nicht möglich, auch nur annähernd die Zahl der Opfer anzugeben. Festzustellen scheint, daß die riesige Stadt Tokio, die etwa 1 1/2 Millionen Einwohner zählte, gänzlich in Trümmern liegt; von dem gleichen Schicksal ist Yokohama mit seinen 200 000 Einwohnern betroffen.

Wie „Havas“ aus Osaka berichtet, berechnet der Marineminister allein in Tokio die Zahl der Toten auf 150 000. Es hat den Anschein, als ob man des Feuers in Tokio noch nicht Herr geworden sei. Dreißig Mitglieder der Regierungspartei sind bei dem Erdbeben ums Leben gekommen, während sie eine Sitzung abhielten. Der Fürst Masumata ist an seinen Verletzungen gestorben. Unter den eingestürzten Gebäuden befinden sich die französische und die italienische Botschaft. Von großen öffentlichen Gebäuden, die in Tokio eingestürzt sind, werden u. a. genannt die Nationalbank, das kaiserliche Museum, die Universität, ein Teil des Kriegsministeriums, zwei Theater und alle Bahnhöfe mit Ausnahme des Hauptbahnhofs. Das Rathaus ist unversehrt geblieben. Alle Fernsprech- und Telegraphenverbindungen sind unterbrochen. Insgesamt sind in Tokio 200 000 Häuser zerstört, davon durch Feuer 150 000. Das Feuer hat sich dadurch so sehr ausbreitet, daß die Gasleitungen durch das Erdbeben gesprengt wurden und in Brand gerieten. Nach einer weiteren Meldung beläuft sich die Zahl der Flüchtlinge in den Orten Ichiha und Nagasaki auf viele Tausende. Von Minute zu Minute kommen neue Flüchtlinge an. Der kaiserliche Palast gleicht einem Heerlager. Tausende, die Verwandte in Tokio haben, versuchen, trotz der Gefahren in die Stadt zu gelangen. Die Behörden verweigern ihnen den Zutritt. Alle Leuchttürme sind eingestürzt, wodurch die Schifffahrt sehr behindert wird. Mehrere Schiffe sind schwer beschädigt. Dampfer sind zur Hilfeleistung abgegangen.

## Zerstörte Städte.

Aus London wird weiter gemeldet: Eine Reihe von Vulkanen ist in lebhafter Tätigkeit. Gestern um 1 Uhr erfolgten in Yokohama mehrere weitere Erdstöße. Folgende Städte sind, wie berichtet wird, teilweise oder fast vollkommen vom Erdboden verschwunden oder durch Feuerbrünste zerstört: Tokio, Yokohama, Futogawa, Senji, Asojuka, Asakusa, Kanda, Honda, Schitama, Atami, Golemba und Hakote. Ansehnend ist das ganze Land von drei Meilen nördlich Osaka und Kobe bis nach Sendai im Norden heimgesucht worden. Die letzte Verlustschätzung gab die Zahl der Toten in Tokio und Yokohama auf 200 000 an. Tokio brennt noch immer. Der hier angerichtete Schaden ist so ausgebeut, daß die Regierung zeitweilig nach Osaka oder Kioto überziehen dürfte. Die Häuser in Tokio und Yokohama sind entweder vollkommen zerstört oder beschädigt. Durch die Explosion des Arsenals in Tokio wurde mehrere tausend Menschen getötet. Außerdem kamen ums Leben 8000 Arbeiter durch den Einsturz des Fugo- und 600 Menschen durch den Einbruch des Sakata-Eisenbahntunnels. Nach Berichten eines Augenzeugen stürzten in Tokio die Gebäude wie Kartenhäuser ein und die Stadt gleich einem Flammenmeer. Eine Explosion nach der anderen erfolgte, während Schreie des Entsetzens die Luft erfüllten. Was das Erdbeben und das Feuer unversehrt ließ, wurde von der Sturmflut fortgeschwemmt. Wie gemeldet wird, sind das japanische Auswärtige Amt, das Finanzministerium, sowie die Bureaubäude der Bank von Japan durch das Feuer zerstört worden. Das kaiserliche Palais, das nur zum Teil beschädigt ist, wurde für die Flüchtlinge geöffnet. Die Obdachlosen in Tokio und in anderen Städten sind ohne Nahrungsmittel. An der Küste wurden durch die das Erdbeben begleitende Sturmflut große Zerstörungen angerichtet. Städte wurden weggeschwemmt und Inseln überflutet. Die heilige Insel Oosidima ist versunken.

Die 700 Personen, die durch den Einsturz der 175 Meter hohen Asakusapagode getötet wurden, waren Flüchtlinge, die sich in den Turm geflüchtet hatten, um der Panik zu entgehen, wodurch Hunderte von Menschen zu Tode getrieben wurden. Die Überlebenden in den beiden Hauptstädten kampieren in der Nähe der Städte, während andere sich auf die Schiffe geflüchtet haben. Es fehlt den Überlebenden an Wasser und Lebensmitteln. Der Eisenbahntunnel Sakata, der größte Japans, ist zusammengebrochen und hat 600 Menschen unter sich begraben. Das Erdbeben trat mit einer Schnelligkeit auf, daß es völlig unmerklich war, zu stehen. Da die Sturmflut, die das Erdbeben begleitete, von ungewöhnlicher Heftigkeit war, befürchtet man, daß ihre Wirkung an der amerikanischen Küste des pazifischen Ozeans verspürt werden ist.

Nach einem Telegramm des „Daily Express“ aus Osaka sind bei dem Erdbeben allein von den 15 Stadtvierteln Tokios 13 zerstört.

## Falsche Millionen-Reichsbanknoten.

Von den in letzter Zeit ausgegebenen, nur einseitig bedruckten Reichsbanknoten über „Eine Million Mark“ und „Fünf Millionen Mark“ mit dem Datum des 25. Juli 1923, die ihren Schutz in einem natürlichen Wasserzeichen und den im Papierstoff eingewebten Pflanzenfasern tragen, sind Fälschungen aufgetaucht, die als solche bei einiger Aufmerksamkeit an der mangelhaften Nachahmung oder dem Fehlen der Wasserzeichenmerkmale — Wasserzeichen und Pflanzenfasern — unschwer zu erkennen sind. Vor Annahme dieser Fälschungen wird gewarnt. Für die Aufdeckung von Fälschungsversuchen und dahin führende Angaben wird die Reichsbank hohe Belohnungen. Daß es so kommen würde, war vorausgesehen. Will man nun dem Publikum zumuten, daß es sich jeden Millionenchein durch die Lupe ansieht?

Wegen einer gefährlichen Explosion in dem städtischen Gaswerk Lichtenberg wurde die Feuerwehr Lichtenberg gestern abend nach dem Bienenweg alarmiert. Dort war, angeblich durch Unachtsamkeit in dem sogen. Stationsgasmesserraum, in der Gasanstalt am Kleberweg angesammeltes Gas zur Explosion gekommen, wobei eine Person schwer und mehrere leicht verletzt worden waren. Die Lichtenberger Feuerwehr mußte den entstandenen Brand mit drei Schlauchteilungen bekämpfen. Es gelang, eine weitere Ausdehnung des gefährlichen Feuers zu verhindern. Trotzdem ist erheblicher Schaden verursacht.

Eine Portion Essen aus der städtischen Volksspeisung kostet jetzt 120 000 M., eine halbe 60 000 M. Der Andrang zu diesen Speisungen wird täglich größer. Er ist schon so groß, daß Schupo-beamte ihn regeln müssen. Erst nach längerem Warten können die Hungernden und Darbenden wegen des riesigen Andranges gespeist werden.

Neuer Roggen wurde in den letzten Tagen in Templin, Kriesitz, Oranienburg, Prenzlau, Angermünde usw. in solchen Mengen angeboten, daß er fast unverkäuflich war. Nur mit erheblichem Abschlag übernahmen die Mühlen größere Mengen.

worden. Dazu gehört auch der Stadtteil, in dem sich die auswärtigen Botschaften und Gesandtschaften befinden. Ueber das Schicksal der Bewohner und Angehörigen der fremdländischen Missionen ist nichts bekannt.

Auf Anfrage beim Berliner Auswärtigen Amt erhalten wir die Auskunft, daß über das Schicksal der deutschen Botschaft in Tokio bis jetzt noch keine Nachrichten vorliegen.

## Furchtbare Not!

Der amerikanische Konsul in Liverpool hat folgendes Telegramm erhalten: Yokohama, Kamakura und die Potentbasen von Yokohama sind vollkommen zerstört. In mehreren Stadtteilen der Hauptstadt sind die Stämme noch nicht bezogen. Alle Brücken über den Fluß Sagami, der Tokio durchfließt, sind von der Flut hinweggeschwemmt worden. Der Vulkan der Insel Kophima, die 45 Kilometer von Tokio entfernt liegt, scheint auszubringen. Die Bevölkerung von Tokio und Yokohama ist in einer furchtbaren Lage. Sie hungert und ist dem Unwetter ausgesetzt und von dem Schreden vollkommen niedergedrückt. Der kaiserliche Palast, dessen Zutritt bisher stets verboten war, hat den Türschloßern seine Tore geöffnet. Die militärischen verfügbaren Streitkräfte sind an die Stelle des Unglücks geschickt worden, um die Ordnung aufrecht zu erhalten und bei der Lösung der Feuerbrünste mitzuhelfen. Plünderungszügen sind in Tokio und Yokohama vorgefallen. Der Kriegszustand ist verhängt. Mehrere japanische Plünderer wurden an Ori und Stelle erschossen. Tokio hat nur noch für wenige Tage Lebensmittel. Die Frage der Verpflegung ist außerordentlich ernst. Ein englischer Kreuzer ist von Shanghai nach Yokohama abgefahren. Man erwartet, daß er in 18 Stunden in Yokohama eintrifft, wo sich zehntausende von Flüchtlingen in furchtbarer Not befinden.

## Die Hilfsaktionen.

Nach Londoner Meldungen haben die Behörden von Osaka beschlossen, in aller Eile 1000 Tonnen Reis nach Tokio sowie einen gewissen Vorrat an Trinkwasser zu entsenden, da die Einwohner der Stadt Hungers sterben. Wie in Tokio sind auch in Yokohama Plünderungen vorgekommen. Tokio hat nur für fünf Tage Lebensmittel und das Versorgungsproblem hat sich äußerst zugespitzt. Das japanische Blatt „Mainichi“ erklärt, daß Japan für die Dauer von Generationen durch das Erdbeben in seinem Aufschwung zurückgeworfen worden sei und daß es keine Stellung als Großmacht einnehme. Das Land habe keine finanziellen Reserven mehr, da sowohl die größten Gesellschaften wie die Banken durch das Erdbeben ruiniert worden seien.

Präsident Coolidge hat eine Proklamation an das amerikanische Volk gerichtet, in der dieses aufgefordert wird, den Japanern Hilfe zu leisten. Das amerikanische Flottenamt hat eine dringende Mitteilung von dem Befehlshaber des amerikanischen Flottengeschwaders im Stillen Ozean erhalten, worin dieser mitteilt, daß er acht Zerstörer mit Lebensmitteln und Arzneien abgefordert habe.

Die japanische Gesandtschaft in Peking teilt mit, daß sie Verhandlungen mit China über die Entsendung großer Reismengen nach Japan eröffnet habe. Aus Peking seien außerdem englische, italienische und amerikanische Kriegsschiffe mit Lebensmitteln nach Japan abgegangen.

## Erdbeben und — Börse.

Auf der Londoner Fondsbörse wurden die japanischen Werte suspendiert, da man weitere Nachrichten über die Erdbebenkatastrophe abwarten will. Japanische Schachanweisungen wurden um einen Punkt niedriger notiert, aber die Notierung ist nur nominell, da die Börse sich lediglich gegen den Ansturm der Verkäufer sichern wollte, der jedoch nicht eingetreten ist. Wie der Londoner Korrespondent des „Journal“ meldet, ist die englische Börse durch die Katastrophe in Japan nicht allzusehr geschädigt worden. Englische Versicherungsgesellschaften haben einen Schaden von etwa 25 Millionen Franken erlitten, weil sie seit langen Jahren nur geringe Versicherungen nach Japan abgeschlossen und im Allgemeinen eine Zufuhrprämie von einem halben Prozent forderten, die von Japan abgelehnt wurde. Japanische Papiere wurden gestern nicht gehandelt. Die japanische Rente verlor einen Punkt.

## Der japanische Ministerpräsident ermordet?

Der „Times“-Korrespondent in Osaka gibt seinem Blatte drahtlich Kenntnis von einem Gerücht, nach dem der neue japanische Ministerpräsident in Yokohama ermordet worden ist. Dieses Gerücht, das auch von anderer Seite gemeldet wird, ist bisher noch nicht offiziell bestätigt.

Das neue japanische Kabinett hat sich, wie folgt, gebildet: Ministerpräsident und Außenminister Yamamoto, Innenminister Baron Goto, der nach den ersten Meldungen zum Außenminister ausersehen war, Finanzminister Yunosaka, Kriegsminister Tanaka, Landwirtschafts-, Handels- und Justizminister Dou, Verkehrsminister Yamaguchi, Marineminister Takaraba.

Letzter Zahlungstag für die Rhein-Ruhrabgabe von Kraftfahrzeugen. Mit Rücksicht auf den am Mittwoch, den 5. September d. J. erfolgenden Ablauf der Zahlungsfrist wird an diesem Tage die Zweigstelle der Finanzkasse des Finanzamts Bielefeld, Hauptplatz 2, auch nachmittags offen gehalten. Bei verspäteter Zahlung wird zu der Steuerschuld ein Zuschlag in Höhe des vierfachen Betrages erhoben. Auch ist die Kraftfahrzeugsteuer nach den erhöhten Sätzen nochmals zu entrichten.

Auf der Jagdspitze ertraten. Wie die „Münchener Neuesten Nachrichten“ melden, sind am Sonnabend nachmittag im Jagdgebiet auf der Inneren Ehardt zwei Rheinländerinnen ertrunken aufgefunden worden, nachdem sie trotz Warnung mit ungenügender Ausrüstung die Besteigung vorgenommen und von einem Schneesturm überrascht worden waren.

Die Volkshöhle Norden eröffnet ihre diesjährige Spielzeit am 12. September d. J. Es gelangen zur Aufführung: Was ihr wollt; Claudio; Minna von Barnheim; Gabriel Schilling's Nacht; Die gelehrten Frauen; Gläubiger; Mit dem Feuer spielen; Selben; Gelpfenster; Warum?; Kätz; Helt der Handwerker; Die Wiener in Berlin. Die künstlerische Leitung liegt wieder in den Händen von Otto Richter. Als darstellende Künstler sind u. a. gewonnen worden: Prof. Ferd. Gregori, Fokk Veldtitz und Karl Ludwig Hagen.

Ueber die Lehrbuchfrage (siehe Beilagenblatt Nr. 11) und über die „Erklärung der Grundschule“ Hermann Kölling auf Veranlassung des Bundes entschiedener Schullehrer am Dienstag, den 4. d. M. (Gute) abends 7 1/2 Uhr im Werner-Siemens-Staatsgymnasium, Köpenickerstr. 47/48.

## Wetter für morgen.

Berlin und Umgebung. Nacht sehr kühl, am Tage mild, zunächst übermorgens bedeckt mit etwas Regen und mäßigen westlichen Winden, später wieder aufklaarend.

## Jugendveranstaltungen.

Abends. Querschnitt Grünauer Straße 5. Der Vortrag über „Die Jugend“ am 12. d. M. (Gute) abends 7 1/2 Uhr im Werner-Siemens-Staatsgymnasium, Köpenickerstr. 47/48.

